Forderungspapier

Bündnis „Gemeinsam Klimaschutz in Hessen retten“ – Für wirksamen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Der Klimaschutz macht Rückschritte: Die Hessische Landesregierung setzt den vereinbarten Klimaplan Hessen nicht mit der erforderlichen Konsequenz um. Auch die Ziele des Hessischen Klimaschutzgesetzes werden deutlich verfehlt. Die aktuelle Bilanz zeigt bis Ende 2023 nur ein Sinken der Treibhausgasemissionen um 35,3 Prozent. Zudem importiert Hessen 50 Prozent seines Stroms, statt Erneuerbare-Energien-Anlagen zu bauen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Januar 2026 verpflichtet die Bundesregierung dazu, das Klimaschutzprogramm nachzuschärfen. Die Rechtsprechung macht deutlich, dass auch Hessen sich seiner Verantwortung nicht entziehen kann.

Das Bündnis „Gemeinsam Klimaschutz in Hessen retten“ fordert deshalb eine klare Neuorientierung der hessischen Klimaschutzpolitik: entschlossenes, sozial gerechtes und naturverträgliches Handeln auf allen politischen Ebenen, um eine lebenswerte Zukunft für heutige und künftige Generationen zu sichern. Klimaschutz muss mit der Sicherung und Schaffung tariflicher, guter und mitbestimmter Arbeit verbunden werden. Wir setzen uns für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft ein, bei dem niemand zurückgelassen wird. Eine wirksame und soziale Klimaschutzpolitik zahlt sich aus – für Natur, Wirtschaft und Menschen.

1. Energiewende – ökologisch und sozial

- **Energieverbrauch konsequent senken**, durch wirksame Maßnahmen in allen Sektoren (Strom, Wärme/Kälte, Mobilität)
- **Energiesparprogramme und Energieberatung** für Haushalte, Betriebe und öffentliche Einrichtungen ausbauen
- **Mindestens 2,2 Prozent real nutzbare Landesfläche für Windenergie** bis 2032, unter Berücksichtigung des Naturschutzes, bereitstellen
- **Photovoltaik** vorrangig auf Dächern, Fassaden und versiegelten Flächen fördern. Sicherstellen, dass Freiland-PV-Anlagen durch Mehrfachnutzung gleichfalls der Landwirtschaft und der Biodiversität dienen
- **Umweltfreundlicher Ausbau** und Optimierung der Verteilnetze
- **Bürgerenergie (Energy sharing) und Energiegenossenschaften** sowie öffentliche Energieversorger gezielt unterstützen.
- **Ausbau der Landesenergieagentur** (finanziell und personell) um Kommunen, Bürger*innen sowie Unternehmen stärker zu unterstützen
- **Ausbau von Kreislaufwirtschaft**, Ressourceneffizienz und nachhaltigem Wirtschaften

2. Naturschutz als Klimaschutz

- **Moore**, Wälder, Auen und Böden als natürliche CO_2-Speicher erhalten und wiederherstellen
- **Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung**: Beginn der Renaturierung auf 20 Prozent der Landesfläche bis 2030; zudem diese vor Bebauung und Zerschneidung schützen
- Schaffen eines **landesweiten Biotopverbundes**, die **Ausweitung und Sicherung von NATURA 2000-Gebieten** sowie die Unterstützung des **Grünen Bandes als Weltnaturundkulturerbe**
- **Stadtnaturräume** wie Parks, Grünflächen und Dachbegrünungen zur Klimaanpassung fördern
- **Strategisch sozial-ökologischer Flächenschutz**: Vorrang für Reaktivierung bestehender Flächen, neue Flächen nur für klimafreundliche Wirtschaft und Infrastruktur sowie „Gute Arbeit“

3. Sozial gerechter Klimaschutz

- **Nutzung des EU-Sozialklimafonds**, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten
- **Sozial gerechte CO_2-Bepreisung** durch Einbeziehung externer Kosten.
- **Gerechtere Steuerpolitik**, Verfolgung von Steuerbetrug bei CumEx/CumCum-Geschäften und Betrug bei CO_2-Zertifikaten zur Finanzierung von Klimaschutz-Maßnahmen
- **Energiekosten von Geringverdiener*innen** durch Beratungs- und Förderprogramme senken – insbesondere den Stromspar-Check der Caritas flächendeckend einsetzen und vermehrt Förderprogramme für energieeffiziente Gebäude/Wärme, klimafreundliche Mobilität bewerben und in Liegenschaften mit Landesbeteiligung nutzen
- **Energetische Sanierung von sozialem Wohnraum und sozialen Einrichtungen** gezielt fördern
- Umsetzung des **Drittelmodells und damit Mietenden warmmietneutrale Sanierung** in **Wohnungen mit Landesbeteiligung ermöglichen**. Kosten zwischen Vermietenden (Instandsetzung), Mietenden (warmmietneutral) und staatlicher Förderung oder Land Hessen zu je einem Drittel aufteilen. Vorbildliche Umsetzung in Wohnungsbaugesellschaften mit Landesbeteiligung
- **Pflegedienste und Sozialträger auf Elektromobilität** umstellen
- **Tariflich gesicherte, gute und mitbestimmte Klimajobs** u. a. im Bereich Energie, Mobilität und Pflege schaffen
- **Erhalt und Ausbau der Verbraucherzentrale Hessen (VZH)-Beratungsstellen für energetische Sanierung** mit ausreichender Förderung durch die Landesregierung

4. Verkehrswende jetzt – nachhaltig mobil in Hessen

- ein **sozial und gerecht bepreistes Deutschlandticket**, das Familien miteinschließt
- **Ausbau des Schienenverkehrs und der Radwege** vor Straßenneubau priorisieren
- **Hessenweite ÖPNV Anbindung** aller Dörfer, Gemeinden und Städte mindestens im Stundentakt
- Mehr Flächen für ein **dichtes Fuß- und Radverkehrsnetz** sowie ein besseres Bus- oder Tramangebot und die konsequente Vernetzung aller Verkehrsträger
- Ein **Hessisches Mobilitätsgesetz** für Klimaschutz, Verkehrssicherheit und Teilhabe verbindlich einführen
- **Vorrangige Beschaffung** von in Europa produzierten Fahrzeugen für den ÖPNV

5. Verantwortung, Transparenz und Kontrolle

- **Sicherung** des unabhängigen wissenschaftlichen **Klimabeirats** Hessen
- **Jährlicher Klimabericht** zu Fortschritten und Defiziten. Auswirkungen auf Quantität und Qualität der Arbeit sowie Verteilungsfragen miteinbeziehen
- **Klimaverträglichkeitsprüfung** für Gesetze, öffentliche Haushalte und größere Infrastrukturprojekte, auch beim Sondervermögen Infrastruktur
- **Einbindung von Umwelt- und Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und sonstigen Religionsgemeinschaften** in Planungs- und Entscheidungsprozesse sichern

6. Klimafreundliche Landwirtschaft

- **Regionale, klimafreundliche und soziale Lebensmittelproduktion** mit fairen Preisen und kurzen Wegen
- **Familienbetriebe stärken** und **flächengebundene Tierhaltung fördern**
- **Böden, Wasser und Artenvielfalt schützen** durch ressourcenschonende Bewirtschaftung
- **Humusaufbau, Grünlandpflege und Heckenstrukturen** als CO_2-Senken gezielt unterstützen
- **Regionale Vermarktung** fördern und Verbraucher*innenbildung im ländlichen Raum ausbauen
- Mehr Programme die, die **praktische Umsetzung der Empfehlungen der Deutsche Gesellschaft für Ernährung** (DGE) fördern

7. Gute Arbeit

- Öffentliche Aufträge, Wirtschaftsförderung und Beschaffung an soziale und ökologische Kriterien und Tariftreue binden, Einhaltung von Menschenrechten, Umwelt- und Naturschutz entlang der **gesamten Lieferketten** sichern
- **Qualifizierte Fachkräfte** sind zentrale Voraussetzung für Klimaschutz. Studium, Aus- und Weiterbildung ausweiten und qualitativ verbessern
- **Anpassung des Arbeitsschutzes: Besserer Schutz für Beschäftigte**, die unter den Folgendes Klimawandels leiden, beispielsweise für Outdoor-Worker und Pflegekräfte (u. a. Forstwirtschaft, Baugewerbe, Schutz vor z. B. extremer Hitze)
- **Betriebs- und Personalräte** erhalten bei Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen in den Betrieben und Verwaltungen ein echtes Mitbestimmungsrecht

Unterzeichnende

- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Hessen e. V.
- Bundesverband WindEnergie e. V. (BWE) Landesverband Hessen
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bezirk Hessen-Thüringen
- Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen e. V.
- Landfrauenverband Hessen e. V.
- Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Hessen e. V.
- Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Landesverband Hessen e. V. (ADFC Hessen)
- Zentrum Bildung und Gesellschaft der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau